Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag. Monats-Bezugspreis bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.90 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.90 Mk., bei Zutragung im Stadtgebiet 1.95 Mk., bei Zutragung im Landgebiet 2.00 Mk. Wochenkarten 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 12021. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 36 mm breit) 7 Pfennig, im Reklameteil (= 75 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 20 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Tabellen, bei Klageanzeigen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei gerichtlichen Aufträgen und im Schiedsverfahrensverfahren erlischt jeder Nachlaß.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siegert in Frankenberg

№ 26 — Dienstag den 31. Januar 1928 nachmittags — 87. Jahrgang

Frankreich als Heuchler am Pranger

Der Ruf nach Sicherheit unerträglich

Stresemann spricht

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 30. Januar.

Auf dem Presseball, auf dem sich am Sonnabend „Tout Berlin" versammelt hatte, ist Gustav Stresemann als einziger Reichsminister nicht zu sehen gewesen. Erstens, weil seine Frau, die eleganteste und charmanteste aller Ministergattinnen der Gegenwart nicht in Berlin, sondern in London weilt, und zweitens, weil der Herr Reichsaußenminister gesundheitlich nicht auf dem Posten ist. Im Reichstag hat er sich ja auch lange Zeit nicht blicken lassen, und heute, wo er den Etat des Auswärtigen Amtes zu vertreten hat, muß man feststellen, daß er seine Krankheit — eine schwere Grippe — noch immer nicht überwunden zu haben scheint. Blaß und still sitzt er neben Marx, während Professor Hoetzsch, der Rußland-Kenner der Deutschnationalen, den Ausschußbericht erstattet. Dann nimmt der Minister das Wort. Stresemann ist als Reichstagsabgeordneter unser bester Sprecher im Parlament gewesen. Als Minister, wo er sich immer mehr an das vorbereitete Manuskript halten muß, wirkt er nicht ganz so unmittelbar. Wenigstens zu Anfang nicht. Bald aber ist das Haus, das im übrigen beträchtliche Lücken aufweist, im Banne seiner Ausführungen. Alles sitzt mit heißem Kopf und heißem Herzen und lauscht, was der Mann zu sagen hat, auf dessen Schultern seit über vier Jahren die Geschicke eines 60 Millionenvolkes lasten. Kaum ein Zwischenruf erschallt. Nur ab und zu ein „Sehr gut!" oder „Sehr richtig!" bei den Mittelparteien und zum Schluß stärker, ehrlicher Beifall.

•

Berlin, 30. 1. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes.

Der Ausschuß hat den Etat mit unwesentlichen Aenderungen zugestimmt, vorbehaltlich der Nachprüfung der Besoldungen und persönlichen Ausgaben beim Ergänzungsetat für 1928. Er beantragt bei den einmaligen Ausgaben die Einstellung von 60 000 M. für die Deutsche Liga für den Völkerbund.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

drückt zunächst seine Freude darüber aus, daß alle Parteien sich für die Erhebung der Gesandtschaften in Chile und Argentinien zu Botschaften ausgesprochen haben.

Die Reichsregierung hat in der vergangenen Woche dem Völkerbund in einer Denkschrift ihre Bemerkungen zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage mitgeteilt. Die nächste Tagung der Abrüstungskommission ist auf den 15. März einberufen. Deutschland hat seine Bereitwilligkeit zur tätigen Mitarbeit ausgesprochen. **Wir haben vollständig abgerüstet** und ein ganzes Netz von Schiedsverträgen abgeschlossen. Es ist eine Binsenwahrheit, daß der Völkerbund sein Ziel nicht erreichen kann, wenn sich seine Mitglieder durch Verträge in verschiedene Gruppen spalten. Es darf in der Oeffentlichkeit nicht der Eindruck entstehen, als ob die Sicherheit eines einzelnen Staates auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten gegründet werden soll, als ob es weniger auf die Sicherung des Friedens als auf die unmittelbare Vorbereitung der nächsten Kriege ankomme, als ob das Ziel nicht die allgemeine Verständigung, sondern die Bereinigung bestimmter Machtpositionen einzelner Staaten sei. (Sehr richtig!)

Was

unser Verhältnis zu Polen

betrifft, so ist die Leidensgeschichte unserer Handelsvertragsverhandlungen bekannt. Im Juli v. J. ist die Niederlassungsfrage geklärt worden. In den daran anschließenden Wirtschaftsverhandlungen ist von uns in einem Protokoll das Ausmaß der wirtschaftlichen Konzessionen auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft festgelegt worden. Diese Festlegung entsprach einem einmütigen Beschluß des Gesamtkabinetts. Ich muß es deshalb zurückweisen, wenn in einem Aufsatz des Pommerschen Landbundes und in der „Deutschen Tageszeitung" gesagt wird, daß die Hemmungen gegenüber dem Schutz der Landwirtschaft vom Auswärtigen Amt ausgehen. (Lebhaftes Hört, hört! links) und wenn in den Entschließungen des Landbundes gesagt wird, man werde nicht dulden, daß überhaupt ein Handelsvertrag mit Polen zustande kommt. (Hört, hört! links.) Ein Handelsvertrag ist nicht ein Geschenk, daß ein Staat dem anderen gibt. Wir sind nicht in der Lage, uns eine wirtschaftliche Selbstherrschaft leisten zu können. Einmütig haben alle in der Reichsregierung vertretenen Parteien sich für diesen Vertrag ausgesprochen. In welche Lage kommen aber unsere Delegierten bei den Warschauer Verhandlungen, wenn ein derartiges Echo aus dem Deutschen Landbund kommt. (Beifall.)

Bei der Besprechung der

deutsch-französischen Beziehungen

bedauert der Minister die Trübung dieser Beziehungen durch die Fortdauer der Rheinlandbesetzung. Wenn französische Stimmen die Aufhebung der Besetzung davon abhängig machen wollen, daß Deutschland weitere Sicherheiten gewährt, so wird übersehen, daß der Locarnovertrag alle Sicherheiten bietet, die überhaupt ein Staat dem anderen bieten kann. Wer nach weiteren Sicherheiten ruft, setzt Zweifel in den Locarnovertrag. Wenn wir nicht das Vertrauen haben, daß die geschlossenen Verträge gehalten werden, dann hat es überhaupt keinen Zweck, Verträge zu schließen. (Beifall.) Die im Locarnovertrag Frankreich gegebene Sicherheit ist durch Englands Macht und Englands Wort garantiert. Das Verlangen nach weiteren Sicherheiten wäre also ebenso eine Beleidigung Deutschlands, wie Englands, weil es sich auf die Vorstellung des Wortbruches beider gründet. (Beifall.) Es muß endlich einmal darauf hingewiesen werden, daß in dem Rufe nach Sicherheit gegen Deutschland

ein Stück Heuchelei liegt, das nicht länger von der öffentlichen Meinung ertragen werden kann. (Stürmische allseitige Zustimmung.)

Wir fordern die Rheinlandräumung, weil wir die deutsch-französische Verständigung als die Grundlage des europäischen Friedens ansehen und weil wir in der Fortdauer der Besetzung eine unüberwindliche Hemmung der deutsch-französischen Verständigung sehen. Wir sind keineswegs gewillt, die Abkürzung der Besetzungszeit mit dauernden Verzichten zu erkaufen, die über die Bedingungen des Versailler Vertrags hinausgehen und geeignet sind, das Mißtrauen zu verewigen und damit eine wirkliche und wirksame Friedenspolitik zu verhindern. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Breitscheid (S.) erklärt, unverständlich sei der Einspruch der Rechten dagegen, daß Politiker und Parlamentarier häufig Vorträge im Auslande halten. Da müsse man doch an den Vortrag des Abg. v. Tirpitz in Stockholm über deutsch-schwedische Kulturzusammenhänge erinnern, bei dem Tirpitz erklärt habe, der Krieg sei von den deutschen Revolutionären für die Entente gewonnen worden. Auch die deutschen Auslandsvertretungen sollen den Verfassungstag würdig begehen. Der Redner wendet sich dann den großen politischen Fragen zu und erklärt, daß seine Partei im großen und ganzen mit der Art der Führung der auswärtigen Politik einverstanden sei. Für alle Maßnahmen zur Sicherung des Friedens sei die Sozialdemokratie stets zu gewinnen.

Abg. v. Freytagh-Loringhoven (Dn.) betont, die Deutschnationalen könnten Tatsachen, die eine frühere Regierung geschaffen hat, nicht von heute auf morgen beseitigen. Sie müßten versuchen, das Beste aus ihnen zu machen, und das vertrage sich durchaus mit der Kritik an der Politik, die zu Locarno und Genf geführt habe. Der Kern des Problems liege in der Notwendigkeit, durch die allgemeine Abrüstung die fehlende Gleichberechtigung und durch Ausbau des Artikels 19, der eine Nachprüfung unanwendbar gewordener Verträge vorsieht, eine wirkliche Friedensordnung zu schaffen. Eine wirksame Friedensbewahrung sei nur auf dem Boden des Rechtsgedankens, nicht aber auf Grund der Gewaltverträge von 1919 möglich. Daß Frankreich heute eine Verständigung nicht wolle, zeige sich auch bei seiner Ostpolitik, die vielleicht auf ein Ostlocarno ohne uns hinauslaufe. Nichts von den Locarnohoffnungen sei erreicht.

Abg. Dr. Bredt (W. Vgg.) weist auf die gegenwärtige Haltung der französischen Außenpolitik hin, die in keiner Weise die an Locarno geknüpften Hoffnungen erfüllt habe. Jetzt bleibe für Deutschland nur die Politik des Abwartens, bis wenigstens der Anspruch auf die Rheinlandräumung erfüllt sei.

Die Beratungen werden darauf abgebrochen.

Das Haus nimmt noch die Abstimmungen über den Justizhaushalt vor.

Darauf werden die Verhandlungen auf Dienstag 3 Uhr vertagt.

•

Die Berliner Presse zur Stresemannrede

Berlin, 30. 1. Die Berliner Presse nimmt zu der Rede, die Reichsaußenminister Dr. Stresemann gestern zur Einleitung der außenpolitischen Debatte im Reichstag gehalten hat, ausführlich Stellung. Dabei wird allgemein darauf hingewiesen, daß der gestrige Beginn der Debatte weniger als sonst den Charakter eines großen Tages getragen habe, was sich aus dem gegenwärtigen Stillstand der außenpolitischen Entwicklung erklären lasse.

Die „Tägliche Rundschau" hebt hervor, daß es sehr wirkungsvoll gewesen sei, als Dr. Stresemann dem deutschen Friedenswillen, der sich auch in der Duldung einer ungerechtfertigten Besatzung bekundet, die Hemmnisse gegenübergestellt habe, die Frankreich immer noch der Durchführung einer wahren Friedenspolitik bereite.

Die „Germania" vermißt eine klare Stellungnahme Dr. Stresemanns zu der Frage der Räumung gegen evtl. vorübergehende „Sicherheiten", die seit den bekannten Luxemburger Beschlüssen der Sozialisten so vielstimmige Erörterungen erfahren hat.

Der „Lokal-Anzeiger" schreibt: Wenn man den Worten Stresemanns über die Westpolitik, über das deutsche Eingreifen in die Sicherheitsdebatte habe zustimmen können, so habe er durch dilatorische Kürze seiner Darlegungen und durch völlig unmotivierte Schärfe gegen die Organisation der Landwirte enttäuscht, als er auf den Stand der Verhandlungen mit Polen zu sprechen gekommen sei.

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt, es sei aufgefallen, mit welcher Lebhaftigkeit sich Dr. Stresemann für das Zustandekommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages eingesetzt habe. Wenn er es hierbei für angebracht gehalten habe, sich in starker Erregung gegen Entschließungen zu wenden, die in letzter Zeit von einzelnen Landbundorganisationen im Hinblick auf die Gefahren dieses Handelsvertrages gefaßt worden seien, oder andere Aeußerungen der Besorgnis empört „zurückwies", so sei dieses Verhalten völlig unverständlich.

Die „Kreuzzeitung" sieht die Hauptbedeutung der Rede Dr. Stresemanns in den Schlußsätzen und meint, in Frankreich werde man sich des Ernstes der Ausführungen Dr. Stresemanns, der seine Rede selbstverständlich im Einverständnis mit dem Kabinett gehalten habe, sicherlich nicht verschließen, aber bei der Mentalität der heute maßgebenden französischen Staatsmänner könne man nicht glauben, daß dieser letzte Appell zu einer Verständigung in Paris auf fruchtbaren Boden fallen werde.

Die „Börsenzeitung" sagt, die Rede des Reichsaußenministers, die sich über das Niveau nüchterner Haushaltbetrachtung erhoben habe, werde sicherlich ein hörbares Echo nicht nur im Inlande, sondern ganz besonders jenseits der deutschen Grenzen im Osten und Westen wecken.

Das „Berliner Tageblatt" hebt hervor, daß es sehr wirkungsvoll gewesen sei, als Dr. Stresemann mit scharfem Wort die Heuchelei gegeißelt habe, die der Ruf nach Sicherheit in sich trage. Der Schwerpunkt der Ausführung liege darin, daß Dr. Stresemann betont habe, Deutschland denke nicht daran, über die Versailler Verpflichtungen hinaus eine dauernde Mehrbelastung als Kaufpreis für eine frühere Rheinlandräumung zu bieten.

Die „Vossische Zeitung" weist darauf hin, daß bei dem Rechenschaftsbericht Stresemanns deutlich geworden sei, wie eng die Verflechtung von Außen- und Handelspolitik und wie wichtige Instrumente Handelsverträge im Dienst außenpolitischer Ideen seien.

Der „Vorwärts" sagt, über das Niveau einer ordentlichen und vernünftigen Darstellung des Gegebenen habe sich die Rede Dr. Stresemanns nur an wenigen Stellen erhoben. Im ganzen habe sie keinen Anlaß zu einer Attacke von links geboten.

Kurzer Tagesspiegel

Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprach gestern vor dem Reichstag. Bei Besprechung der deutsch-französischen Beziehungen bedauerte der Minister die Trübung dieser Beziehungen durch die Fortdauer der Rheinlandbesetzung.

Die Berliner Großbanken haben am Montag beschlossen, die Reichsbahnvorzugsaktien in Höhe von ca. 200 Millionen, die in nächster Zeit aufgelegt werden sollen, zu übernehmen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius sprach gestern im Haushaltausschuß des Reichstages über die Auslandsverschuldung Deutschlands.

Das Reichskabinett wird sich im Laufe dieser Woche nochmals mit der Not der Landwirtschaft beschäftigen und über ein Hilfsprogramm beraten, dessen Ausführung 60 bis 80 Millionen RM. erfordern dürfte.

Zwischen dem Führer des Zentrums Reichskanzler Dr. Marx und dem Führer der Deutschen Volkspartei Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat in den letzten Tagen eine Aussprache über das Reichsschulgesetz stattgefunden. Eine Einigung soll bisher noch nicht zustande gekommen sein.

In Berlin haben durch eine Schwindelfirma ungefähr 1000 Personen ca. 6 Millionen Mark verloren.

Auf der Tagung des mitteldeutschen Handwerkerbundes sprach gestern in Magdeburg Reichswirtschaftsminister Curtius über den Schutz des Handwerks.

Die Telephonverbindung zwischen Holland und Amerika ist gestern eröffnet worden.

Die Meinung der Pariser Presse

Paris, 31. 1. (Funkspruch.) Die angekündigte Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann im Reichstage, wurde in Paris mit großer Spannung erwartet, um so mehr, als man wußte, daß der Außenminister sich eingehend mit der Rheinlandfrage beschäftigen wollte.

Das „Oeuvre" schreibt, Stresemanns Rede habe keinen Angriff und keinen Dank enthalten, sondern sei die einfache Analyse einer Politik, die sich ständig von den Interessen des deutschen Volkes leiten lasse, aber bestrebt sei, die Interessen der anderen Völker nicht zu verletzen.

Sonst nimmt nur die nationalistische Presse in teilweise recht scharfem Tone Stellung. Im „Echo de Paris" schreibt Pertinax: Dr. Stresemann halte jetzt die Stunde für gekommen, die Früchte seines geduldigen Wartens zu ernten und aus dem Gefühl des Vertrauens Nutzen zu ziehen von dem viele Leute in London und Paris durchdrungen seien. In seiner pathetischen Verschwörung verlange er den Abzug der 560 000 alliierten Soldaten. Dies sei der erste Programmpunkt der deutschen Wiederauferstehung. Solange die Brückenköpfe noch in der Gewalt der Sieger seien, besitze das Reich keine Bewegungsfreiheit und die Deutschen wüßten wohl, daß sie die kleinen Staaten Mitteleuropas respektieren müßten. Frankreich sei berechtigt, von Deutschland zu fordern, daß es bis 1935 den Beweis seiner inneren Erneuerung erbringe.

Der „Figaro" unterstreicht besonders, daß Deutschland den von der französischen Presse geforderten Gegenleistungen für eine Rheinlandräumung nicht zustimmen wolle und bezeichnet die Ausführungen Stresemanns als einen Schlag gegen alle Illusionen der französischen Pazifisten. Jetzt, da Deutschland stärker sei, scheine Stresemann völlig vergessen zu haben, daß die Rheinlandbesetzung eine Garantie für die nicht bezahlten Reparationen sei. Seit 1919 habe sich Deutschland seinen Verpflichtungen entzogen und spreche dauernd von der Revision des Dawesplanes.

Die „Action française" spricht sogar von der außerordentlichen Unverschämtheit der Rede Stresemanns, die ein sichtbares Zeichen für die Rückkehr Deutschlands zu der Jahrhunderte alten Form seiner Sprache sei.

Wieder ein amerikanisches U-Boot vermißt

Neuyork, 30. 1. Das Marinedepartement teilt mit, daß das U-Boot S 3, ein Schwesterschiff des vor einiger Zeit gesunkenen U-Bootes S 4, am Sonnabend südlich von Kap Hatteras (Virginia) verschwunden ist. Man befürchtet, daß das U-Boot während eines schweren Sturmes, der am Sonnabend bei Kap Hatteras wütete, gesunken ist. S 3 befand sich auf dem Wege zu den Wintermanövern bei Kuba.